

benteilung zwischen privaten Kräften und der Bewährungshilfe. Während Privatfirmen den Zentralcomputer und die Geräte warten, obliegt der persönliche Kontakt der Bewährungshilfe. Für diese kommt hier dem Kontrollmoment ungleich größere Bedeutung zu als bei der herkömmlichen Arbeit. Daraus könnte sich ein verändertes Rollenverständnis in der Bewährungshilfe entwickeln. Bislang wurde sie nur auf Verlangen des Probanden tätig; der Freiwilligkeit wurde höchste Priorität beigemessen. Kenner konstatieren eine Identitätskrise, da sich die schwierigen Probanden nicht unterstützen ließen, obwohl sie dringend Hilfe benötigten (Aebersold, S. 11 f.; S. 382 f.). Durch die elektronische Überwachung wandelt sich die bislang abwartende Haltung zu einer aufsuchenden Tätigkeit, die das Element der Freiwilligkeit zugunsten der Kontrolle aufgibt. Die noch bestehende Dichotomie von Zwang und Freiwilligkeit könnte von einer vage umrissenen Präventionsarbeit abgelöst werden, die auf eine Kontrolle von straffälligen Außenseitern in der Gesellschaft abzielt. Unklar ist, welche Richtung die Bewährungshilfe einschlagen wird und wie sich ihr Berufsbild und Verständnis durch die elektronische Überwachung verändern wird.

## Schlussbemerkung

Die Initiatoren versprechen sich von der Erprobung des elektronisch überwachten Hausarrestes einerseits eine Reduzierung der Vollzugskosten durch den Wegfall von Halbfreiheits- und Halbgefängnisplätzen. Andererseits geht es um die Verringerung von Rückfälligkeit, um volkswirtschaftliche Schäden und die Belastung der Strafbehörden zu minimieren. Für das Individuum soll der Vollzug im eigenen Heim Sühne mit Problembewältigung verbinden. Neben der Vermeidung von Prisonierungseffekten intendiert die Projektleitung sowohl die Erziehung als auch die Kontrolle des Teilnehmers (Konzeptgrundlage, S. 12 f.). An dieser Stelle tritt die beabsichtigte Synthese von Resozialisierungsidee und Sicherheitsdenken, die mit Effektivitätserwägungen unterlegt ist, be-

sonders deutlich hervor. Die gegenwärtige Erprobung entspricht dem eher auf Vergeltung ausgerichteten Zeitgeist. Die Konjunktur konservativer Vorstellungen gepaart mit Erziehungsdenken ist ein Phänomen, das in vielen Staaten zu beobachten ist. Diese Verbindung begünstigt die Durchsetzung der elektronischen Überwachung, da sie beiden Aspekten zu genügen scheint.

*Rita Haverkamp ist Juristin und Mitglied der Forschungsgruppe Kriminologie am Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht*

## Anmerkungen

- 1 Ich danke Herrn Dr. Sträuli von der Universität Genf, aus der Basler Projektleitung Herrn Dr. Lehner und Herrn Bruni für ihre wertvollen Hinweise und für die Zusendung von Materialien.
- 2 Deleuze, Gilles, Das elektronische Halsband – Innenansichten einer kontrollierten Gesellschaft, Kriminologisches Journal 1992, S. 181 ff.
- 3 Vgl. die Forderung nach einer härteren Bewährung des hessischen Justizministers Wagner (CDU) in: Frankfurter Rundschau unter <http://www.fr-aktuell.de/fr/183/t183008.htm> vom 9.7.1999.
- 4 Droogendijk, Kees, Elektronische Überwachung in den Niederlanden. Bedingungen und erste Erfahrungen mit dem Modellversuch, in: Kawamura, Gabriele/Reindl, Richard (Hrsg.), Strafe zu Hause. Die elektronische Fußfessel. Freiburg 1999, S. 47.
- 5 Basel-Stadt, Basel-Landschaft, Bern, Genf, Waadt und Tessin; der Kanton Zürich schließt sich am 1.1.2000 an.
- 6 Müller, Peter, Informationen über den Straf- und Maßnahmenvollzug, Sonderheft 1/1999, Bundesamt für Justiz, S. 9 f.
- 7 Vgl. zu den geplanten Änderungen die Stellungnahme der Schweizerischen Kriminalistischen Gesellschaft, Vernehmlassung zur Totalrevision des Allgemeinen Teils des Schweizerischen Strafgesetzbuches, Schweizerische Zeitschrift für Strafrecht 1994, S. 354-375.
- 8 Stemmer, Brigitte/Killias, Martin, Récidive après une peine ferme et après une peine non-ferme: la fin d'une légende?, Revue internationale de criminologie et de police technique 43/1990, S. 49.
- 9 Die Diskriminierung schlecht Situierter befürchtet Niccolò Raselli, Geldstrafe versus kurze Freiheitsstrafe?, Kriminologisches Bulletin 3/1993, S. 77 f., obwohl diese Ungleichbehandlung durch die gemeinnützige Arbeit aufgefangen

werden könnte. Dagegen wendet sich Franz Riklin, Geldstrafe versus kurze Freiheitsstrafe?, Kriminologisches Bulletin 1/1994, S. 81 ff.

- 10 Aebersold, Peter, Elektronisch überwachter Strafvollzug in den Niederlanden und in der Schweiz, Länderbericht am 22.6.1999 Wustrow/Ostsee; ders., Electronic monitoring. Is big brother watching you?, Schweizerische Zeitschrift für Strafrecht 1998, S. 381.
- 11 Anzug von Grossrat Dr. Peter Aebersold – Dozent für Strafvollzug an der Universität Basel – im Grossen Rat des Kantons Basel-Stadt vom 26. April 1995.
- 12 Berichte, Informationen über den Straf- und Maßnahmenvollzug 1/1999, Bundesamt für Justiz, S. 6 f. Von insgesamt 2,4 Mio. Franken beanspruchen andere Modellversuche 1,1 Mio. Franken. Der Rest wurde bislang wegen der elektronischen Überwachung und wegen eines anderen undurchführbaren Projektes nicht abgerufen.

13 Es handelt sich um eine Zwei-Drittel-Entlassung, deren Handhabung in den Kantonen sehr unterschiedlich ausfällt. So erfolgt im Kanton Waadt stets eine Einzelfallprüfung, während im Kanton Genf routinemäßig bei guter Führung vorzeitig entlassen wird.

- 14 In der Schweiz gibt es keine Untergrenze für die Verbüßung von Freiheitsstrafen. Der tageweise Vollzug ist deshalb üblich. Die Einführung einer einmonatigen Mindestverbüßungsdauer für die elektronische Überwachung wird mit dem sonst zu hohen Aufwand und der Ineffektivität eines psychosozialen Trainings begründet.
- 15 Gustavsson, Jan/Danielsson, Maria, Kriminalvården och klienterna, Norrköping 1998, S. 82.
- 16 Gemeinnützige Arbeit für unbedingte Freiheitsstrafen bis sechs Monate und elektronische Überwachung über sechs bis zwölf Monate, Tak, Peter, The Dutch Criminal System. Organization and operation, 1999, S. 61, 65.

## JUSTIZVOLLZUG

# Verein übernimmt Aufgaben des Sozialdienstes in JVA

• Marianne Wallenschus, Jörn Krankenberg, Uwe Lücke, Hartmut Krieg

**Der Justizvollzug ist Teil des Gewaltmonopols und somit Sache des Staates. An eine Privatisierung ist nach deutschem Recht weder zu denken, noch erscheint sie angesichts der Erfahrungen in anderen Ländern wünschenswert. Doch heißt das auch, daß die Sozialen Dienste der Justiz in den Vollzugsanstalten ein Monopol haben und die Arbeit freier Träger nur unter deren Führung stattfinden darf? Die Übernahme dieser Aufgaben in der Justizvollzugsanstalt Bremerhaven durch einen Verein zeigt, daß hier mit Erfolg neue Wege beschritten werden können.**

Die Justizvollzugsanstalt Bremerhaven ist eine kleine Anstalt des geschlossenen Vollzuges mit insgesamt 110 Haftplätzen. Es werden dort Freiheitsstrafen bis zu 18 Monaten vollstreckt. Integriert ist eine Freigängerabteilung mit 20 Plätzen.

Die Sozialarbeit in der Justizvollzugsanstalt Bremerhaven war immer ein Stiefkind. Nur eine Sozialarbeiterstelle stand für durchschnitt-

lich 90 bis 100 Gefangene zur Verfügung. Mängelverwaltung war angesagt. Einen Lichtblick brachte der Verein Brücke Bremerhaven e.V., der sich schwerpunktmäßig mit der Wiedereingliederung Straffälliger befaßt. Durch vorurteilsfreie und engagierte Zusammenarbeit zwischen dem Verein, den Sozialen Diensten der Justiz und der Anstalt entstanden Projekte zur Haftvermeidung/-verkürzung und Drogen-

beratung. Diese Projekte wurden vom Senator für Justiz und Verfassung finanziert. Die MitarbeiterInnen dieser Projekte führen die erforderlichen Beratungsgespräche in der Anstalt und kümmern sich um die Umsetzung der Absprachen. Gleichzeitig entwickelten sie innerhalb und außerhalb der Anstalt umfangreiche Kooperationsbeziehungen. Auf dieser festen Grundlage erhielt der Verein Brücke Bremerhaven e.V. Mitte August 1997 vom Senator für Justiz und Verfassung den Auftrag, die Aufgaben des Sozialdienstes in der Anstalt insgesamt zu übernehmen.

Dieses Ereignis könnte mit folgender etwas langen Schlagzeile kommentiert werden:

*»Freier Träger der Straffälligenhilfe übernimmt traditionell staatlichen Aufgabenbereich im Justizvollzug«.*

Um diesen umfassenden Auftrag erfüllen zu können, bilden die MitarbeiterInnen in der JVA fachbereichsübergreifend ein Team, das für die Erbringung sämtlicher sozialer Dienstleistungen in der JVA verantwortlich ist. Es wurde ein Dienstleistungsangebot mit folgenden qualitativen Standards entwickelt:

- Feste, tägliche Sprechzeiten sowohl als offenes Angebot während der Umschlußzeiten als auch auf Antrag in den Arbeits- und Einschlußzeiten.
- Innerhalb von 24 Stunden nach der Inhaftierung wird jedem Gefangenen persönlich ein Informationsblatt mit den Dienstleistungen ausgehändigt und ein Beratungsgespräch angeboten.
- Bei akuten Problemlagen erfolgt auf Wunsch eine sofortige Intervention.
- Die weitere Zusammenarbeit erfolgt ausschließlich auf freiwilliger Basis.
- Regelmäßige Teilnahme an den Hauskonferenzen als stimmberechtigte Mitglieder und bei Bedarf Teambesprechungen mit dem Entlassungsvorbereitungs- und Zugangsbeamten.
- Unterstützung der Insassen bei der Vertretung ihrer Interessen gegenüber Dritten sowie bei vollzugstechnischen Angelegenheiten.
- Abfassung von Stellungnahmen zur vorzeitigen Entlassung gemäß § 57 StGB.

- Mitwirkung bei der Erstellung von Vollzugsplänen.
- Mitwirkung bei der Entlassungsvorbereitung sowie Durchführung von Begleitausgängen.
- Stellungnahmen zur Kostenübernahme gemäß §§ 15 a, 72 BSHG.
- Einrichtung von internen und externen Beratungs- und Freizeitangeboten.
- Kooperation mit anderen Fachdiensten der »Brücke«.
- Organisation und Hilfestellung bei der Wahl der Insassenvertretung.
- Möglichkeit der Teilnahme an den Sitzungen des Anstaltsbeirates.
- Regelmäßig stattfindende Gruppe zum Thema »Persönliche Ziele verfolgen«.
- Sprechstunden für Straftlassene in den Räumlichkeiten der »Brücke«.
- Hilfen bei der Wohnraumbeschaffung sowie Nachbetreuung im Einzelfall (zeitlich und von der Personalzahl her begrenzt).

Das Mitarbeiterteam versteht die vorgenannte Auflistung als Standardangebot im Rahmen der Prozessqualität.

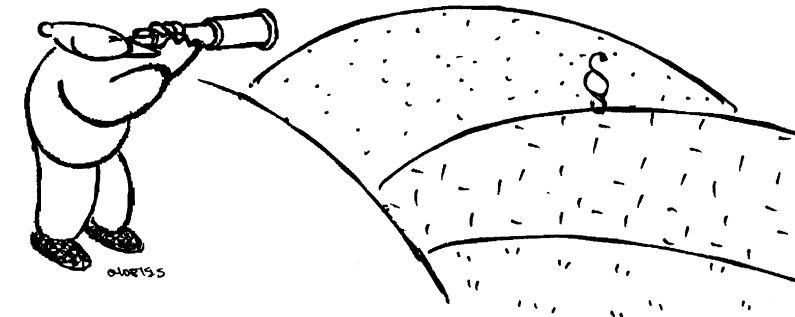
Die ausgesprochene gute Kooperation mit dem zweiten »Kunden« des Projektes, der JVA, konnte im vergangenen Jahr weiter fortgesetzt und intensiviert werden. Durch wechselseitigen direkten Austausch zwischen Funktionsbeamten und Sozialdienst sowie der regelmäßigen Teilnahme an den wöchentlich stattfindenden Hauskonferenzen konnten Problemlösungen erreicht werden.

Weitere wichtige Kooperationspartner sind neben dem Gericht und der Staatsanwaltschaft Bremerhaven die Bewährungshilfe. Zwischen diesen Partnern wie auch verschiedenen Ämtern und Behörden (Sozialamt, Arbeitsamt, Ausländerbehörde, Fachdienste u.a.) ließen sich bereits hergestellte Kontakte weiter verfestigen. Entsprechend gestaltet sich auch die Kooperation mit dem Bremer Verein Hoppenbank e.V. in der Praxis, da die MitarbeiterInnen der Hoppenbank einmal wöchentlich im Bereich der Geldstrafentilgung für Bremer Inhaftierte vor Ort arbeiten. Insbesondere die Kooperation mit anderen Bremer Institutionen und Einrichtungen der Straffälligenhilfe gilt es

weiter zu entwickeln, um die Hilfsangebote für Straffällige zu koordinieren.

Zahlen sind trocken, doch manche Zahlen sprechen für sich:

1998 wurden die MitarbeiterInnen des Projektes von 306 Insassen aufgesucht. In den meisten Fällen resultiert hieraus eine mittel- bis langfristige Beratung und Hilfestellung. Durchschnittlich wurden täglich bis zu 15 Beratungsgespräche



geführt. In 124 Fällen konnte im vergangenen Jahr eine vorzeitige Entlassung aus der Strafhaft erreicht werden, davon in 80 Fällen eine vorzeitige Entlassung aus einer Ersatzfreiheitsstrafe. Mit 72 Betroffenen bestand am Jahresende noch Kontakt.

Der Sozialdienst des freien Trägers hat sich bewährt und etabliert. Die MitarbeiterInnen haben über ihre Arbeit mit den Gefangenen positive Resonanz erhalten. Dies zeigt sich u.a. darin, daß im Laufe der Zeit ca. 90 Prozent aller Gefangenen Kontakt zum Sozialdienst aufnehmen. Hierbei spielt der Vertrauensvorschuß, den ein externer Träger genießt, sicher eine große Rolle.

Für das Jahr 1999 planen die MitarbeiterInnen des Projektes die Durchführung einer Insassenbefragung mit dem Ziel, das Angebot zu effektivieren. Schon jetzt wird deutlich, daß eine Intensivierung der Berufshilfe vonnöten ist, um eine nachhaltige Persönlichkeitsstabilisierung des einzelnen Straftlassenen zu gewährleisten. Hier sind die Kontakte zu den zuständigen Stellen bereits geknüpft. Nach längerer Pause sind Vertreter des Arbeitsamtes und die Träger berufsbildender Maßnahmen wieder regelmäßig in der Justizvollzugsanstalt, um Mög-

lichkeiten der beruflichen Eingliederung aufzuzeigen. Dies gilt es zu intensivieren.

Die Verfestigung und Betonung des Resozialisierungsgedankens innerhalb der Justizvollzugsanstalt wird ein weiteres Ziel sein, für das sich die MitarbeiterInnen des Projektes im laufenden Jahr engagieren werden.

Eine weitere Zielformulierung ergibt sich aus dem Bedarf fester

Sprechzeiten für Straftlassene, die nicht in Nachfolgeeinrichtungen betreut werden, aber einer vorübergehenden Begleitung bedürfen, um ihre persönlichen beruflichen Ziele umzusetzen.

Letztlich sei als Ziel auch die Weiterführung, der in 1998 begonnene Supervision für das gesamte Haftteam genannt. Die MitarbeiterInnen der Drogenberatung, U-Haftvermeidung und des Sozialdienstes werden einmal monatlich supervidiert und profitieren davon hinsichtlich ihrer Teamfähigkeit, Arbeitszufriedenheit und der Entwicklung von Fachkompetenz im Bereich der Einzel- und Gruppenarbeit.

Ein besonderer Beleg dafür, daß die Arbeit der Brücke Bremerhaven e.V. bei den Gefangenen ankommt, ist der Bericht in der Gefangenenzeitung DISKUS 70 im Heft 4 1998. Der folgende Auszug soll dies belegen:

»Ein besonderer Vorteil der Wahrnehmung dieser Aufgabe durch einen externen Träger ist die Möglichkeit, auch auf alle anderen Fachdienste der Brücke zurückgreifen zu können. So können die Insassen unbürokratisch an Mitarbeiter für die Schuldenberatung, Geldstrafentilgung, das betreute Wohnen

etc. vermittelt werden. Doch auch innerhalb des Vollzuges steht ein großes Beratungs- und Betreuungsangebot zur Verfügung. Vom Zugangsgespräch über die Beratung und Betreuung der Inhaftierten in Vollzugsangelegenheiten Hilfestellung bei Erhaltung von Wohnung und Arbeit sowie bei Anträgen an Gericht und Behörden, Hilfestellung bei Bestellung von Rechtsanwälten und Dolmetschern und auch den für viele Gefangenen wichtigsten Bereich, die Hilfe bei der Aufrechterhaltung von Bindung und Beziehung nach draußen, wird alles abgedeckt. Der Sozialdienst wirkt auch bei der Erstellung von Vollzugsplänen mit, wobei wir uns vorstellen können, daß die unbefangene Sichtweise Externer sich hier durchaus positiv auswirken kann. Die Brücke Bremerhaven e.V. ist als externer Träger sozialer Dienste außerhalb des Vollzuges seit langem in Bremerhaven etabliert. Ent-

sprechend gut sind die Kontakte zu Bewährungshilfe, Gerichtshilfe, Sozialamt sowie Staatsanwaltschaft und Gerichten.

Trotzdem wird Hilfe in erster Linie als Hilfe zur Selbsthilfe verstanden. Das heißt, der Gefangene wird in seinem eigenen Bemühen unterstützt, erforderliche Kontakte werden für ihn hergestellt. Der Sozialdienst versteht sich jedoch nicht als Schreibstube für die Gefangenen, auch wenn man ihnen beim Aufsetzen von Schreiben behilflich ist.

Dieses kann natürlich nur ein Überblick über die umfangreichen Angebote sein. Interessierten Insassen empfehlen wir, sich mit dem Sozialdienst in Verbindung zu setzen.«

*Marianne Wallenschus, Jörn Krankenberg, Uwe Lücke sind Mitarbeiter der Brücke Bremerhaven e.V., Hartmut Krieg ist Bereichsleiter beim Senator für Justiz und Verfassung*

durchbrochen, wenn eine nur der Judikative zustehende Kompetenz auf die Polizei übertragen wird. Grundsätzlich zu Recht verweist *Ostendorf* auf die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes, in der die frühere Strafkompentenz der Finanzbehörden für verfassungswidrig erklärt wurde (BVerfGE 22, 49). Einer polizeilichen Sanktionsbefugnis steht diese Rechtsprechung dennoch nicht gänzlich entgegen. Denn die entscheidende Frage ist, ob die diskutierte Polizeisanktion wirklich eine Kriminalstrafe darstellt. Nur dann wäre ihre Verhängung aus Verfassungsgründen ein Tabu für die Exekutive.

Kriminalstrafen enthalten einstigmatisierendes, sozialetisches Unwerturteil (BVerfGE 27, 19 [33]; 96, 10 [25]) und stellen daher einen so schwerwiegenden Eingriff in die Rechte des Bürgers dar, daß ihr Ausspruch zwingend die vorherige Kontrolle durch einen unabhängigen Richter erfordert. Wird die polizeiliche Reaktion auf bestimmte Vergehen aber so ausgestaltet, daß sie unterhalb dieser Schwelle bleibt, stellt das Gewaltenteilungsprinzip kein Hindernis dar. Natürlich darf eine neue Reaktion dabei nicht als »Wolf im Schafspelz« daherkommen und eine nur umbenannte Strafsanktion sein. Würde aber die Sanktionshöhe begrenzt, die Zustimmung des Betroffenen vorausgesetzt, ein effektiver Rechtsschutz gewährleistet und die Ermittlungssache ohne einen stigmatisierenden Strafeintrag oder eine ähnliche Registrierung damit abgeschlossen werden, dann läge erst gar keine Ausübung von Strafgewalt vor. Der vor allem durch Presseveröffentlichungen geprägte Terminus »Strafgeld« ist insoweit unglücklich, da er eine polizeiliche Befugnis zum Ausspruch von »echten« Kriminalstrafen suggeriert, die in der Tat unhaltbar wäre.

Daß der Gesetzgeber diesen Weg prinzipiell einschlagen darf, ist vom Verfassungsgericht klargestellt worden. Strafdelikte mit geringem Unrechtsgehalt können im Einklang mit der Verfassung gänzlich entkriminalisiert werden. Aber auch eine verfahrensrechtliche Lösung ist denkbar: Bei geringfügigen Straftaten kann der Gesetzgeber auch »solange sie zum Strafrecht gehören, statt des Legalitätsprinzips das Opportunitätsprinzip an-

wenden (...)«, wie das Bundesverfassungsgericht hinsichtlich der gebührenpflichtigen polizeilichen Verwarnung bei Straßenverkehrsübertretungen ausgeführt hat (BVerfGE 22, 125 [133]). Nur bei schwerwiegenden Verstößen gegen den Kernbereich des Strafrechts wäre eine solche Regelung der Legislative verwehrt.

Daher ist die Einführung einer polizeilichen Sanktion in Fällen von Kleinkriminalität verfassungsrechtlich möglich. Es bleibt die Frage nach dem kriminalpolitischen Sinn dieser eher dem Ordnungsrecht verwandten Reaktion. Wäre es dann nicht konsequent, bestimmte Bagatelldaten gleich zu entkriminalisieren (dazu *P.-A. Albrecht*, KritV 1996, S.330 ff.)? Am Charakter dieser Taten als Kriminalunrecht festzuhalten und sie mit einer Ordnungssanktion zu ahnden stellt in der Tat einen Bruch mit dem bisherigen Reaktionssystem dar. Dennoch bietet dieser Mittelweg bessere Möglichkeiten für eine dem Einzelfall angemessene Reaktion, da gegenüber Intensivtätern der Weg zu den Strafgerichten offen bleibt.

Der Einwand, die Polizei sei für die abschließende Feststellung einer Straftat nicht ausgebildet, überzeugt nicht. Damit wird die an Fachhochschulen durchgeführte Ausbildung vieler Beamter unterschätzt. Auch liegt die Masse der Ladendiebstähle, Sachbeschädigungen und Leistungerschleichungen rechtlich nicht so kompliziert, daß nur ein Volljurist die Tatbestandsverwirklichung begründen könnte. In Zweifelsfällen kann eine schon seit langer Zeit von beiden Seiten angemahnte Verbesserung der Zusammenarbeit von Polizei und Staatsanwaltschaft helfen. Und mit einem Zustimmungserfordernis sowie einer nachträglichen Überprüfungsmöglichkeit auf dem Rechtsweg könnten dem Beschuldigten hinreichende Instrumente gegen eine möglicherweise fehlerhafte Entscheidung an die Hand gegeben werden.

Damit ist ein weiteres Problemfeld angesprochen: Wie steht es in der Praxis um die »Freiwilligkeit« des Geständnisses gegenüber der Polizei, wenn als Alternative die Einleitung eines Strafverfahrens droht? Diese Gefahr kann nicht wegdiskutiert werden und ist ernst

## POLIZEILICHES STRAFGELD

# Ohne Reform wird die Strafverfolgung zur Farce

● Michael Jasch

**Im letzten Heft der Neuen Kriminalpolitik hat Heribert Ostendorf das »Polizeiliche Strafgeld« scharf kritisiert. Mit seinem Vorschlag, polizeiliche Sanktionen im Bagatelbereich auf dem Wege des Ordnungsrechts zu implementieren, nimmt Michael Jasch die geäußerten Einwände auf, setzt sich aber nachdrücklich für eine Reform in dieser Richtung ein.**

Längst überfällig, steht das Sanktionensystem im Erwachsenenstrafrecht derzeit zur Disposition. Kaum ein anderer Vorschlag aus dem Bundesjustizministerium hat soviel Kritik auf sich gezogen wie die Idee, der Polizei die Verhängung eines Strafgeldes in Fällen geringfügiger Kriminalität zu überlassen. Heribert Ostendorf hat die gewichtigen Bedenken gegen diesen Vorschlag in prägnanter Weise zusammengetragen (NEUE

KRIMINALPOLITIK 1999, Heft 3, S.7; ähnlich *Frommel* im selben Heft, S.10 und *Rautenberg*, Neue Justiz 1999, Heft 9, S.453). Wäre die Einführung einer solchen Sanktion wirklich so verfassungsrechtlich unhaltbar und kriminalpolitisch kurzsichtig, wie behauptet wird?

Das wohl wichtigste Argument gegen eine polizeiliche Sanktion berührt einen fundamentalen Grundsatz des Rechtsstaates: Der Gewaltenteilungsgrundsatz werde